

GZ: 39/4-1/7 ex 2012/13

**Vizerektor für Studium und Lehre**  
Ao.Univ.-Prof. Dr. Martin Polaschek



Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung  
z.Hd. Herrn Dr. Erwin Neumeister  
Minoritenplatz 5  
1014 Wien

per E-Mail:

daniela.rivin@bmwf.gv.at  
begutachtungsverfahren@parlament.gv.at

Graz, am 21.02.2013  
AH,BS

**Entwurf eines Verwaltungsgerichtsbarkeits-Anpassungsgesetzes,  
BMWF-52.200/0004-I/6/2013**

**Stellungnahme des Rektorats  
der Karl-Franzens-Universität Graz  
ausgeführt durch den Vizerektor für Studium und Lehre**

## **Artikel I**

### **§ 25 Abs. 1 Z 12 UG neu und § 46 Abs. 4 UG neu**

#### **Zum Gutachten durch den Senat**

Bei der dem Senat eingeräumten Möglichkeit der Abgabe eines Gutachtens im studienrechtlichen Beschwerdeverfahren sollte klargestellt werden, dass nicht wie den Erläuterungen zum Entwurf zu entnehmen ist „das zuständige Organ auf der Grundlage des Gutachtens entscheidet“, bzw. wie in § 46 Abs 4 neu vorgesehen „die Beschwerdeverfahren auf der Grundlage dieses Gutachtens zu erfolgen [hat]“, sondern es dem zuständigen Organ (Behörde) wie bisher entsprechend § 64 a AVG bzw. § 14 VwGVG weiterhin frei steht, den angefochtenen Bescheid aufzuheben, abzuändern oder die Beschwerde zurückzuweisen oder abzuweisen.

Da hier ein zusätzlicher Verwaltungsschritt (Abgabe eines Gutachtens) eingezogen wird, wird die Verlängerung der Frist zur Fällung einer Beschwerdeverfahren auf 4 Monate in Abänderung des § 14 VwGVG begrüßt, jedoch wird grundsätzlich darauf hingewiesen, dass dieser Verwaltungsschritt bei gesetzeskonformer Anwendung des AVG bzw. der nun neu hinzukommenden Beschwerdeverfahren entbehrlich erscheint. Dies deshalb weil im Rahmen der Beschwerde gegen studienrechtliche Entscheidungen die Beschwerdegründe vom zuständigen Organ im Rahmen der Beschwerdeverfahren entsprechend erwogen werden können, sowie wenn die vom zuständigen Organ gewählte Erledigung vom Berufungswerber nicht gutgeheißen wird, dieser die Möglichkeit eines Vorlageantrages hat.

### **Zur sachlichen/örtlichen Zuständigkeit**

In § 46 Abs. 4 neu, findet sich das Wort „Verwaltungsgericht“ und nicht wie in den anderen Stellen der Novelle, sowie auch den Erläuterungen das Wort „Bundesverwaltungsgericht“. Hier sollte jedenfalls eine einheitliche Bezeichnung bzw. eindeutige Klarstellung der sachlichen/örtlichen Zuständigkeit gewählt werden. Dies deshalb da in den Erläuterungen zur Verwaltungsgerichtsbarkeits-Novelle 2012 (1618 der Beilagen XXIV.GP) auf Seite 15 zu Art 131 BV-G im 4. Absatz festgehalten ist, dass „...auch Angelegenheiten, die weder in unmittelbarer noch in mittelbarer Bundesverwaltung besorgt werden, in die Zuständigkeit der Verwaltungsgerichte der Länder [fallen].“ Als Beispiel werden hier u.a. die sonstigen Selbstverwaltungskörper genannt. Da sich schon seit längerem die Frage stellt ob Universitäten als Selbstverwaltungskörper zu betrachten sind oder nicht (vgl dazu etwa zfhr 2012, 107 oder ÖJZ 1991, 73) wäre eine diesbezügliche Klarstellung, ob nun das Bundesverwaltungsgericht, oder wie aus den Erläuterungen der Verwaltungsgerichtsbarkeits-Novelle hervorgeht, die Landesverwaltungsgerichte zuständig sind, jedenfalls vorteilhaft. Verfahrensverzögerungen, gerade im ersten Quartal 2014, könnten dann wesentlich reduziert werden, wenn vorderhand nicht zuerst die Zuständigkeit geklärt werden muss.

### **Einbeziehung von fachkundigen Laienrichter/innen:**

Die Verwaltungsgerichte erkennen in der Regel durch Einzelrichter. Der Gesetzgeber kann aber Senatszuständigkeiten sowie die Einbeziehung von fachkundigen Laienrichter/innen festlegen. Der Großteil der Verfahren in zweiter Instanz in studienrechtlichen Angelegenheiten betrifft Anerkennungen von Prüfungen und die Zulassung zu weiterführenden Studien, also Verfahren, bei denen es um die inhaltliche Bewertung von Prüfungen bzw. Studien geht. Eine Einbeziehung von fachkundigen Laienrichter/innen in studienrechtlichen Verfahren wäre daher sinnvoll. In diesem Fall wäre auch das Gutachten des Senats im Beschwerdeverfahren nicht mehr notwendig, da die fachliche Expertise ohnehin durch die Laienrichter/innen gewährleistet ist. Dadurch wäre die Verlängerung der Entscheidungsfrist im Beschwerdeverfahren auf vier Monate nicht mehr notwendig, was die Verfahrensdauer insgesamt um zwei Monate verkürzen würde.

Mit freundlichen Grüßen  
Ao.Univ.-Prof.Dr. Martin Polaschek e.h.  
Vizekanzler für Studium und Lehre